



## POSITIONSPAPIER

## ENERGIEPOLITIK

Elektrische Energie ist für unseren Wohlstand essentiell. Die fortschreitende technologische Entwicklung und das Bevölkerungswachstum erhöht unseren Energieverbrauch stetig. Gleichzeitig werden wir immer abhängiger von der ständigen Verfügbarkeit von Elektrizität.

Leider wird die effiziente Bereitstellung dieses wichtigen Gutes von Partikularinteressen und Ideologien behindert, so dass wir heute in der EU und zunehmend in der Schweiz eine Misswirtschaft aufbauen. Das Ausmass diese Misswirtschaft gleicht jenem in der Landwirtschaft, welche seit den 60er-Jahren ökonomisch zerstört wurde und einen Grossteil der Bauern von einer stolzen Berufsgattung zu Subventionsempfängern degradiert hat.

Die Unabhängigkeitspartei up! will einen Kurswechsel hin zu einer Politik, welche den echten Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht und nicht den Forderungen der Lobbyisten und Ideologen. Und diese Bedürfnisse sind einfach:

- Wir wollen selbst entscheiden, wie viel Energie wir verbrauchen;
- Der Strom soll so teuer wie nötig, aber so günstig wie möglich sein;
- Wir wollen selbst entscheiden, bei wem wir welchen Strom beziehen.

Nur mit einem effizienten Energiemarkt werden wir die Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte und insbesondere auch den Übergang des Privatverkehrs von fossilen Brennstoffen auf Elektrizität meistern können.

Aus diesem Grund stellt up! die folgenden Forderungen:

## KOMPLETTE LIBERALISIERUNG DES ENERGIEMARKTS

Alle Endverbraucher sollen die Herkunft ihres Strommarktes und ihren Strommix frei wählen können. Dies wird nicht nur zu einer tendenziellen Preissenkung führen, sondern auch allen Konsumenten ermöglichen, jenen Energiemix zu wählen, den sie aus ideellen oder ökonomischen Gründen wollen. Im Gegenzug ist die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) abzuschaffen. Grüne Ideologie hat ihm Privaten durchaus ihre Berechtigung, in der Politik hat sie jedoch nichts verloren.

Mit Hilfe von Smartgrids können zudem Angebot und Nachfrage besser aufeinander abgestimmt werden, was nicht nur die Kosten senkt, sondern auch die Umwelt schont.

## ENTSTAATLICHUNG UND DEZENTRALISIERUNG DER ENERGIEVERSORGUNG

Staatliche Energiekonzerne führen immer zu einem Interessenkonflikt des Staates, der gleichzeitig den Energiemarkt regulieren soll und als Unternehmer in diesem Markt tätig ist und daran verdient. Um diesen Konflikt zu beenden sind alle Energieunternehmen zu veräußern. Dies soll in möglichst kleinen Einheiten (z.B. pro Kraftwerk) durch Versteigerung geschehen, um einen dezentralen Energiemarkt zu ermöglichen.

## VERSORGUNGSSICHERHEIT DANK STROMVERSICHERUNGEN

Momentan sind die europäischen Strompreise aufgrund von milliardensubventionen zu tief und eine nachhaltige Investition in die Energieproduktion lohnt sich heute in der Schweiz nicht. Dies ist einerseits positiv für den Schweizer Stromkonsumenten, welcher auf Kosten des EU-Steuerzahlers zu billigem Strom kommt. Sie birgt aber auf Risiken der Auslandsabhängigkeit und von Blackouts, wenn die deutsche Energiewende kollabieren sollte (was lediglich eine Frage der Zeit ist).

Um für diesen Fall vorzubeugen wollen wir Energieversicherungsmodelle, bei denen der Stromkonsument mit einem inländischen Energieversorger einen Versicherungsvertrag abschliesst, der ihn im Falle einer Elektrizitätskrise mit Strom versorgt. Mit den Versicherungsprämien wird die inländische Energieproduktion unterstützt und kann nachhaltig investieren. Wer nicht bereit ist, die Prämie zu bezahlen, wird im Falle eines Blackouts einfach von der Stromversorgung abgeschnitten oder muss diesen Strom zu hohen Preisen bei Notstromproduzenten einkaufen.

## OFFENHEIT GEGENÜBER NEUEN TECHNOLOGIEN

Der ansteigende Strombedarf, der Klimawandel und auch die Endlagerung von nuklearen Brennstoffen kann mit Marktliberalisierung allein nicht gelöst werden. Neue Technologien wie z.B. Kernkraftwerke der 4. Generation werden nötig sein, dies möglich zu machen. Die Schweiz sollte hier nicht den Fehler der 60er Jahre der Umweltschützer rund um SP-Bundesrat Spühler wiederholen, den Bau von Kernkraftwerken staatlich voranzutreiben. Stattdessen sollte sich die Politik zurückhalten, bis die entsprechenden Kraftwerke marktreif sind und günstig und sicher in der Schweiz gebaut werden können.

Silvan Amberg / 16.04.2017